

Eimsbüttler **ROT**

Eimsbüttler Rot, Zeitung der DKP-Gruppe Hamburg-West
V.i.S.d.P.: Rudi Christian, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Die Zeitung der DKP für Eimsbüttel und Umgebung

www.dkp.de

Die friedensstiftenden Maßnahmen der



USA

- China 1945
- Syrien 1949
- Korea 1950
- China 1950
- Iran 1953
- Guatemala 1954
- Tibet 1955
- Indonesien 1958
- Kuba 1959
- Kongo 1960
- Irak 1960
- Dom. Rep. 1961
- Vietnam 1961
- Brasilien 1964
- Kongo 1964
- Guatemala 1964
- Laos 1964
- Dom. Rep. 1965
- Peru 1965
- Griechenland 1965
- Guatemala 1967
- Kambodscha 1969
- Chile 1970
- Argentinien 1976
- Türkei 1980
- Polen 1980
- Kambodscha 1980
- Angola 1980
- El Salvador 1981
- Nicaragua 1981
- Libanon 1982
- Grenada 1983
- Philippinen 1986
- Libyen 1986
- Irak 1987
- Libyen 1989
- Panama 1989
- Irak 1991
- Kuwait 1991
- Somalia 1992
- Irak 1992
- Kuwait 1991
- Bosnien 1995
- Irak 1998
- Sudan 1998
- Afghanistan 1998
- Serbien 1999
- Afghanistan 2001
- Irak 2002
- Somalia 2006
- Irak 2005
- Libyen 2011
- Syrien 2014
- Irak 2015

„Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. [...] Der Westen muss auch der Einsicht Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.“

(Bundesaußenminister Genscher am 31. Januar 1990 in einem Vortrag vor der Evangelischen Akademie Tutzing)

Gäbe es einen Nobelpreis für politische Charakterlosigkeit und Dummheit, Berlin und Brüssel müssten ihn teilen.

Man muss bezweifeln, dass es sich herumgesprochen hat, aber in den 2+4-Verhandlungen 1990 wurde Russland der Verzicht auf die Osterweiterung der Nato zugesichert. Diese Zusage hätte, wie der jetzige Krieg zeigt, eine fundamentale Bedeutung für die Sicherheit in Europa gehabt. Aber statt den für den zukünftigen Frieden unersetzlichen Vertrag einzuhalten, hat die NATO - und mit ihr die in Europa inzwischen tonangebenden Deutschen - die Schwächeperiode Russlands nach dem Zusammenbruch der UdSSR dazu genutzt, eine europäische Friedensregelung zu verbauen zugunsten einer aggressiven Frontenerweiterung. In fünf Erweiterungsrounden wurde die „ANTI-Russland-Koalition“ auf nun 30 Staaten erweitert. Denn dies und nichts anderes ist der Grund für die militärische Aktion der Russen: Sicherheit für Russland zu gewinnen, was die Europäische Union/NATO ablehnt, was darauf schließen lässt, dass sie an ihrer Expansionspolitik festhält, wie Washington es will.

Deutschland hat, indem es den Bruch des 2+4-Abkommens vorbehaltlos mitgetragen hat, eigentlich das Gründungsdokument seiner Einheit zerrissen. Ein nicht wieder gutzumachender Fehler und ein Akt politischer Charakterlosigkeit. Damit haben die Deutschen das Vertrauen Russlands verspielt, denn wer, wenn nicht die russischen Regierungen haben sich seit dem Ende der Sowjetunion bemüht, den Westen von einer gemeinsamen Sicherheitspolitik – der Schaffung einer europäischen „Sicherheitsarchitektur“ - zu überzeugen. Sie setzten damit die Anstrengungen Gorbatschows fort und dessen Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“. Putin hat diese Vorschläge mehrfach wiederholt. U.a. in seiner 2002 mit viel öffentlichem Beifall bedachten Bundestagsrede und 2007 bei seinem Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz, ohne dass die Merkel-Regierung jemals versucht hätte, daran anzuknüpfen. Von der Ampel-Regierung mit ihrer giftigen antirussischen Kriegs-Rhetorik, der Nato-Führung und Brüssel ganz zu schweigen. Gäbe es einen Nobelpreis für politische Dummheit, Berlin und Brüssel müßten ihn teilen. Im Übrigen weiß man: Großmächte lassen es nicht zu, dass der Gegner seine Waffen vor ihre Haustür stellt. Man denke an die Kuba-Krise, als Kennedy mit Atomkrieg drohte für den Fall, dass die UdSSR ihre Raketen nicht aus Kuba abzieht.

Minsk I +II , die Untätigkeit der deutschen Regierungen Merkel und Scholz und was die Militärintervention Russlands auslöste

Nicht zu vergessen: Diese von Bandera-Nazis durchgesetzte Regierung in Kiew hat von Beginn an das Minsker Abkommen sabotiert. Darin war eine neue Verfassung vorgesehen, eine föderale Staatsform mit weitgehender Autonomie und die Gleichberechtigung der russischen Regionen und ihrer Sprache. Auch hier ist die Bundesregierung als sog. Signatarmacht durch Untätigkeit aufgefallen und an vorderer Stelle für den nun eingetretenen Zustand mitverantwortlich. Statt für ein Ende der von Kiew betriebenen Verhandlungsblockade zu sorgen, führten NATO und ukrainische Armee im September 2021 gemeinsame Großmanöver durch. Dieses direkte Vorrücken der NATO an die 1200 Km lange russische Westgrenze hat Moskau vorhersehbar bis aufs Blut gereizt, zusammen mit dem von Präsident Silenski angekündigten Griff nach Atomwaffen. Nun erst traf die russische Führung die Entscheidung zur Offensive, anstatt den formellen Beitritt der Ukraine zur NATO tatenlos abzuwarten.

Der Krieg, die Doppelmoral und eine Giftwolke an Informationen

Nun ist der Krieg erneut Wirklichkeit. Er ist barbarisch, unmenschlich, verbrecherisch wie jeder Krieg. Aber zu welchem der unzähligen Kriege der Vereinigten Staaten hätten wir, während sie wüte(te)n, aus dem Westen solche Attribute vernommen? Wir haben aus diesen Kriegen ja kaum ein Bild der Zerstörungen und des unendlichen Leids gesehen, das sie angerichtet haben; der eine, der es gewagt hat, die Grausamkeit dieser Kriege zu zeigen, vegetiert seit Jahren im schlimmsten britischen Hochsicherheitsgefängnis dem Tod entgegen. Aber jetzt überflutet uns das Leid der Menschen in der Ukraine jeden Tag, jede Stunde. Ohne dass wir irgend etwas vom barbarischen, unmenschlichen Krieg erfahren hätten, den die ukrainische Regierung seit acht Jahren gegen die eigene Bevölkerung im Donbass führt.

(Die aktuelle Erklärung unseres Parteivorstandes finden Sie unter www.dkp.de/Aktuelles)

In den deutschen „Qualitätsmedien“ unerwünscht:

Papst Franziskus zum Ukraine-Krieg:

„Vielleicht war es die Nato, die vor Russlands Tor bellt. Die Putin dazu veranlasste, die Invasion der Ukraine zu entfesseln. Ich kann nicht sagen, ob Wut provoziert wurde. Aber ich vermute, dass die Haltung des Westens sehr dazu beigetragen hat. (...) In Syrien, Jemen , Irak und in Afrika reihen sich Konflikte aneinander und in jedem von ihnen geht es um „Internationale Interessen“. Es ist eigentlich undenkbar, dass ein freier Staat einen Krieg gegen einen anderen freien Staat entfesseln kann. In der Ukraine wurde der Krieg von anderen Akteuren ausgelöst.“

Papst Franziskus am 3. Mai im Interview mit Corriere della Sera



Wohnen in Hamburg–irre! - aber in Eimsbüttel erst!

Die Lage am Hamburger Wohnungsmarkt wird immer dramatischer. 29 % aller Haushalte müssen inzwischen mindestens die Hälfte ihres Nettoeinkommens für das Wohnen ausgeben. Allein in den letzten 2 Jahren sind die Mieten um 7,3 % gestiegen. Nach Angaben des Mietervereins liegen die Neuvertragsmieten zwischen 12 und 13 Euro pro Quadratmeter. Um das einmal bildhaft darzustellen: Einer Familie mit 2 Kindern, die im Monat 3000 Euro zu Verfügung hat, bleiben nach Abzug der Miete 1500 Euro auf dem Konto. Davon müssen Lebensmittel, Kleidung, Urlaub, Autoreparatur und vieles mehr bezahlt werden. Das kann man zumindest als äußerst ehrgeiziges Unterfangen bezeichnen.

Zur Klarstellung: In dem Beispiel sprechen wir nicht von einer Ausnahmeerscheinung und auch nicht von Eimsbüttel. Es ist die gern zitierte Mittelschicht, die Normalverdiener, die sich Wohnen in Hamburg nicht mehr leisten kann. Denn neben neben den täglichen Ausgaben müssen der Polizist, die Friseurin, die Verkäuferin, der Handwerker, der Bäcker auch noch für das Alter vorsorgen - vom Rest, der am Monatsende übrig bleibt. Das Problem: Es bleibt nichts übrig. Und ein Ende ist nicht absehbar. Allein viele der täglich 360 000 Pendler würden gern in eine Stadtwohnung ziehen.

Nun kann man der Hamburger Politik nicht vorwerfen, dass sie das Problem nicht erkannt hat. Es werden so viele Wohnungen gebaut wie lange nicht mehr. Aber das Tausende Hamburger aus der Stadt vertrieben werden, kann auch das nicht verhindern. Ein Immobilienmarkt, auf dem Kaufpreise und Mieten Höhen erreichen, die man als irrsinnig bezeichnen muss, ist kaum zu bändigen, so lange man das Grundbedürfnis Wohnen weiterhin dem Markt opfert. Das eben ist das Prinzip der Hamburger Politik. Statt beim sogenannten freien Wohnungsbau auf die Bremse zu treten und Baugenehmigungen an soziale Kriterien zu binden, gibt der Senat Millionen Euro für Hamburg-Werbung aus, um noch mehr Vermögende anzulocken. Wohlhabende - oft aus ganz Europa - die sich hier niederlassen, um ihren Ruhestand in der Nähe von Elbstrand und Elbphilharmonie zu genießen. Zum andern Spekulanten, die am Hamburger Wohnwahn mitverdienen wollen. Beide haben eines gemeinsam. Sie treiben die Immobilienpreise weiter in die Höhe - und die arbeitenden Menschen aus der Stadt.

Wie so etwas aussieht, lässt sich am Beispiel Eimsbüttel bestens aufzeigen.



An der Lohbek klafft seit mehr als drei Jahren eine Baulücke

Foto: mf

Lohbekstieg – Einfachwohnungen stehen seit Jahren leer -
Spekulant Potenberg-Gruppe lässt Baugenehmigungen
verfallen

Am Grandweg und an der Lohbek sollte 2019 der Bau neuer Mietwohnungen beginnen. Die vorhandenen kleineren Wohnungen in Einfachbauweise waren sehr gesucht und wären leicht zu modernisieren gewesen. Aber sie liegen an einem ausgedehnten Grün, das zum Bau von Luxuswohnungen einlädt. Der Wohnblock 6a-c, der direkt an den Lohbekpark angrenzt, wurde bereits abgerissen, die parallel verlaufende Reihe ist längst „entmietet“ und kurzzeitig für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt worden. Nun stehen sie leer. Eine Anfrage ergibt: Die Potenberg-Gruppe ist einschlägig bekannt dafür, Wohnungen

jahrelang leerstehen und Baugenehmigungen verfallen zu lassen, aber beschleunigen lasse sich das nicht. Derzeit liege dem Bezirksamt kein Bauantrag vor. Zuerst müsse mal ein neuer Bauantrag gestellt werden.

Am Ende sollen hier 150 bis 170 Neubauwohnungen entstehen, aber der Spekulant Potenberg weiß, die Geduld der Baubehörde ist groß und die Einzugsmieten werden mit jedem Tag Leerstand weiter in die Höhe schiessen.

Aus Hamburger Morgenpost vom 29.8.21

Hamburg baut Sozialwohnungen – und verliert genau so viele

Hamburg rühmt sich als bundesweiter Wohnungsbaumeister: 10.000 neue Wohnungen jährlich, ein Drittel davon gefördert, also mit günstiger Miete. Selbst Kanzler Olaf Scholz (SPD) verwies im Wahlkampf immer wieder auf seine alte Heimat, wenn es um erfolgreiche sozialdemokratische Politik geht. Doch misst man die Zahlen am Bedarf, ist das wenig mehr als gar nichts, denn nach dem durchschnittlichen Einkommen der Hamburger hätte jeder zweite Anspruch auf eine Sozialwohnung. Dass das keineswegs utopisch ist, zeigt ein Blick in die Siebziger Jahre. Damals hatte Hamburg mehr als 400 000 Sozialwohnungen. Heute sind es noch 77 000. Zwar will der Senat jährlich 3000 geförderte Wohnungen dazubauen, aber was erst mal nach viel klingt, verpufft auf den zweiten Blick. Der Bestand von heute 77.000 geförderten Wohnungen wird im besten Falle nur verwaltet und bereits im Jahr 2023 werden mehr als 4000 Wohnungen aus der Bindung fallen, Ende der 2020er Jahre sind es sogar 5000 im Jahr! Der Senat muss also künftig deutlich mehr als das selbstgesteckte Mindestziel von 3000 geförderten neuen Wohnungen erreichen, wenn es nicht zum Sozialwohnungskahlschlag kommen soll. Die Hamburger Mietervereine und die Gewerkschaft IG-Bau fordern bereits den ausschließlichen Bau von Sozialwohnungen auf städtischem Boden. Denn nur so könnten die, die Hamburgs Wohnungen bauen und all die, die Hamburg am Laufen halten, sich mit ihren Familien ein Leben in Hamburg leisten.



Donnerstag, 29. April 2021 13

4500 Euro Miete für ein ganz normales Reihenhaus

LOKSTEDT Hamburger Miet-Irrsinn in der neu gegründeten „Julius-Vosseler-Siedlung“

Von THOMAS HIRSCHBIEGEL

Genau 4590 Euro Warm-Miete: Was glauben Sie, was Sie dafür in unserer schönen Stadt erwarten dürfen? Eine Villa in Pöseldorf? Ein Mega-Appartement in der Hafencity oder ein Kapitänshaus in Blankenese mit Traum-Elbblick? Alles möglich, doch für diesen Batzen Geld können Sie auch ein vollkommen gesichtsloses Mittelreihenhaus an einer lauten Straße in Lokstedt beziehen.

„Dieses moderne Stadthaus lässt keine Wünsche offen.“ So wird der Neubau an der

Julius-Vosseler-Straße 112 gerade beim Immobilienportal „Immoscout24“ angepriesen. Und weiter: „Das Townhouse befindet sich in einer äußerst begehrten Lage zwischen den angesagten Stadtteilen Eimsbüttel und Lokstedt. Die Daten: 185 Quadratmeter Wohnfläche auf einem 138 Quadratmeter großen Grundstück. Die Kaltmiete beträgt 4190 Euro und darin sind zwei Tiefgaragenparkplätze enthalten.“

Wir sind irritiert, die Annonce springt munter zwischen den Begriffen Reihenmittelhaus und Townhouse hin und her. Was denn nun?

Foto: Patrick Sun



Ein Blick in die „Julius-Vosseler-Siedlung“ in Lokstedt.

Die MOPO schaute sich das bereits zum 1. Mai bezugsfertige Objekt einmal an.

Das Gebäude befindet sich mitten in einer endlosen Schnur von 20 Reihenhäusern. Und die sind dermaßen

trist, dass man heulen möchte. Das Ganze auf einem öden Areal, welches der Bauherr, die dhu-Baugenossenschaft, „Julius-Vosseler-Siedlung“ getauft hat. Die künftigen „Townhouse-Mieter“ haben

im Übrigen das Privileg, ihren Nachbarn in Mehrfamilienhäusern direkt in die Fenster gucken zu dürfen und, ach ja, einen handtuchgroßen Garten gibt es für die Mega-Miete auch noch.

Blohm & Voss

In den Fängen eines Halsabschneiders

Unternehmen aufkaufen, das Opfer zerlegen, die sogenannten Filetstücke verscheuern, die Reste marktgerecht schrumpfen, dafür hatte die rot-grüne Schröder-Regierung die Steuerreform 2000 verabschiedet. Die stellte die „Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensteilen“ steuerfrei. Durch ein 2003 zusätzlich verabschiedetes „Investmentmodernisierungsgesetz“ wurden auch in Deutschland Hedgefonds („Heuschrecken“) zugelassen, mit denen die stagnierende deutsche Wirtschaft wieder flott gemacht werden sollte.

Auch die Großwerft Blohm & Voss kam auf diesem Weg von Thyssen-Krupp zum britischen „Investor“ Star Capital und 2016 dann in die Fänge der Bremer Lürssen-Gruppe. Aber Lürssen verfährt nach dem selben Heuschrecken-Rezept. Auf der ehemaligen Großwerft mit einst mehr als 6000 Beschäftigten hat sich inzwischen ein Flickenteppich von werftfremden Einzelunternehmen niedergelassen. Und von den bei der Übernahme noch knapp 1000 Arbeitsplätzen werden es nach der jetzt laufenden Entlassungswelle weniger als die Hälfte sein. Im abgelegenen Kuhwerder Hafen und in sichtgeschützten Docks sollen sie Fregatten, Korvetten und Luxusjachten zusammenschweißen, denn auch die imposanten Reparaturdocks gegenüber den Landungsbrücken will Lürssen verkaufen. Schiffsreparaturen und die Überholung von Kreuzfahrtschiffen ließen sich anderwärts „weniger kostenträchtig“ erledigen. Hamburg droht durch Lürssen darum das endgültige Aus als Werftenstandort. Bleibt die Frage:

Sind Senat, Gewerkschaft und Betriebsräte der Rüstungsheuschrecke Peter Lürssen gewachsen?

Zweifel sind angebracht. IG-Metall und Betriebsrat, die schon bei der Betriebsübernahme den Abbau von 300 Arbeitsplätzen hinnahmen, schluckten tapfer auch weitere Kröten. Zuerst waren es die Kürzung und Streichung von tariflichen Urlaubs- und Weihnachtsgeldern, die ersatzlose Streichung von bis zu 100 Stunden auf den Überstundenkonten der Belegschaft, dann die Rückstellung einer 2%-tigen Tariflohnerhöhung. Von soviel Entgegenkommen ermutigt greift Lürssen jetzt nach dem Eingemachten der IG-Metall, der 35-Stunden-Woche. Doch nun blüht neue Hoffnung auf Steinwerder. Das Rüstungsfeuerwerk der Scholz-Regierung hat das Zeug in sich, sowohl dem

Geschäft als auch dem Frieden zu dienen. Dem Betriebsfrieden, wohlverstanden. Denn mit dem Völkerfrieden hatten die Rüstungsschmieden Blohm & Voss und Lürssen sit eh und je auf Kriegsfuss.

Systemfrage

Fast ein Drittel der Deutschen stellt Berliner Republik in Frage

28 Prozent der Teilnehmer einer repräsentativen Umfrage äußerten die Einschätzung, in einer „Scheindemokratie“ zu leben, in der die Bürger nichts zu sagen haben. In den ostdeutschen Bundesländern wurde diese Meinung sogar von 45 Prozent der Befragten vertreten. 28 % aller Deutschen finden laut SWR-Umfrage zudem, dass das demokratische System in Deutschland „grundsätzlich geändert“ gehöre.

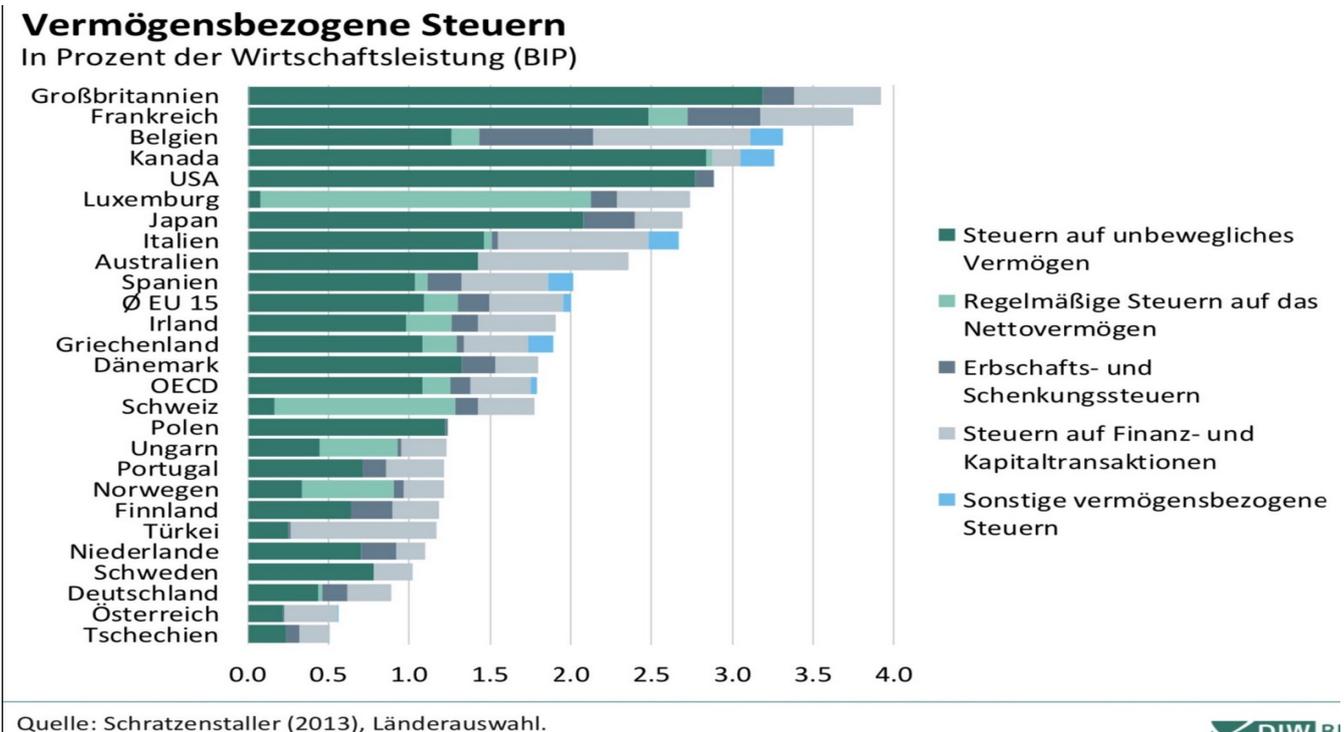
Das Ergebnis einer weiteren Untersuchung der Berliner Verhältnisse, veröffentlicht im Abendblatt vom vom 22.3., lässt diese Meinung als nicht so weit hergeholt erscheinen.



Abgeordnetentätigkeit Nebensache

Demnach haben Interessenverbände, Konzern – und Milliardärs-Vertretungen aller Art auf jeden Berliner Abgeordneten 12 Beeinflussungsagenten angesetzt, die in der Regel mit den nötigen Summen ausgestattet sein dürften, um erfolgreich zu Werke zu gehen. So gesehen beantwortet sich auch die Frage von selbst, wessen Stimme denn wirklich zählt in der Berliner Republik. Und so erklärt sich auch, weshalb sich eine große Mehrheit von Abgeordneten des Bundestags mit Händen und Füßen gegen eine Meldepflicht für Kontakte und Nebeneinkünfte wehrt, denn die Abgeordnetentätigkeit im Parlament ist für sie längst zur Nebensache geworden.

Schaun Sie `mal...wie das angebliche Hochsteuerland Deutschland seine Vermögenden besteuert



Sozialabbau nimmt Tempo auf

I) Renten-Nachholfaktor wieder scharfgemacht

Sage niemand, Politiker könnten nicht schnell und flexibel handeln. Nachricht am 24.11. morgens: Renten steigen 2022 um 5,2% (im Osten 5,9%) – ein Nachholfaktor wird nicht angewendet. Nachricht am 24.11. abends: Renten steigen 2022 um 4,4% (im Osten 5,1%) – der Nachholfaktor wird aktiviert. Dann werden zukünftig bei fallenden Nettolöhnen auch die Renten fallen.

Beide Nachrichten kamen aus dem Hause von Sozialminister Heil. Das, was der Rentenversicherungsbericht 2021 noch versprach, wurde wenige Stunden später durch den Ampel-Koalitionsvertrag kassiert. Die um 0,8% für 2022 reduzierte Erhöhung wurde von Hubertus Heil als „immer noch ganz ordentlich“ kommentiert.

„Ordentlich“ ist lediglich der Betrug an Rentnerinnen und Rentnern und die Willfährigkeit, mit der die neue Regierungskoalition den Forderungen der Wirtschaft folgt.

2) Ampel will Kassenbeiträge erhöhen

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) plant, die Krankenversicherungsbeiträge anzuheben. Um welchen Prozentsatz ließ er offen. Lauterbach selbst war lange Zeit Anhänger einer Bürgerversicherung, in die alle einzuzahlen hätten. Also vom Beamten über den Selbständigen bis zum Politiker. Auch sollten die versicherungsfremden Leistungen, wie z.B. das Mutterschaftsgeld oder die Beiträge für ALG-II-Bezieher ausschließlich über einen Steuergeldzuschuss finanziert werden. Und wozu bräuchte man 97 Krankenversicherungen mit unnötigen Verwaltungskosten und Boni für die Vorstände? Aber jetzt also eine Beitragserhöhung, die alle Menschen mit kleinen Einkommen in unzumutbarer Weise belastet und ausgerechnet in Zeiten unkalkulierbar hoher Preissteigerungen!

3) „Entlastungspaket“: Rentnerinnen und Rentner gucken in die Röhre

7,3 Prozent – soviel teurer waren die Preise eines durchschnittlichen Warenkorb im März. Es ist die höchste Teuerung seit der Wiedervereinigung. Die Bundesregierung hat nun ein weiteres „Entlastungspaket“ beschlossen, um die Preissteigerungen „abzufedern“. Darin eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro für alle steuerpflichtigen Erwerbstätigen, 100 Euro für Familien mit Kindern und Empfänger von Sozialleistungen. Außerdem soll der Spritpreis für 3 Monate um 30 Cent gesenkt werden (Diesel um 14 Cent). Eine Gruppe wurde komplett vergessen, die Rentnerinnen und Rentner und Geringverdiener unterhalb der Steuergrenze.



4) Lebensleistung durch Rente verhöhnt

Fast 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner bekommen trotz 40 Beitragsjahren weniger als 1200 Euro Rente im Monat. Das ergab eine parlamentarische Anfrage von

Dietmar Bartsch (Die Linke). Dies betrifft 38% aller Personen, die 40 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Besonders gravierend ist die Situation in Ostdeutschland, wo sogar jeder zweite betroffen ist.

5) Bundesverfassungsgericht verteidigt die Unantastbarkeit des Eigentumsder Immobilienpekulanten

Berlin hatte den Mietendeckel eingeführt, um Mieter von einem immer stärker befeuerten Mietanstieg zu entlasten. Endlich! Der Berliner Mietendeckel war bundesweit einmalig; das von der rot-rot-grünen Koalition verabschiedete Gesetz war zunächst bis 2025 befristet. Am 23. Februar 2020 wurden die bestehenden Mieten für 1,5 Millionen Wohnungen in der Hauptstadt eingefroren - und zwar auf dem Stand vom Juni 2019. Das betrifft neun von zehn Mietwohnungen. Bei Wiedervermietungen galten Höchstwerte einer Mietentabelle. Der Mietendeckel galt nicht für neue Wohnungen, die seit 2014 fertig wurden. Seit November 2020 war die zweite Stufe in Kraft, die das Absenken von Mieten gesetzlich vorschrieb, wenn sie um mehr als 20 Prozent über der für die Wohnung geltenden Obergrenze lagen. Bei Verstößen drohte ein Bußgeld von bis zu 500.000 Euro. 1,5 Millionen Wohnungsmieten waren eingefroren und teilweise gesenkt. Das war gestern. (15.4.) Heute hat das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel in Berlin für verfassungswidrig erklärt. Das Gesetz sei nichtig, heißt es in der Entscheidung der Richter. Der vor mehr als einem Jahr in Kraft getretene Mietendeckel verstoße gegen das Grundgesetz. Da der Bund bereits 2015 die Mietpreisbremse beschlossen hatte, liege die Gesetzgebungsbefugnis ausschließlich bei ihm, heißt es aus Karlsruhe. Für eigene Gesetze der Länder sei deshalb kein Raum. Nun drohen Nachzahlungen für viele Mieterinnen und Mieter. Geklagt hatten mehr als 280 Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und Union, die seit Jahren effektiven Schutz von Mieterinnen und Mietern verhindern.

"Ich hab ja nichts gegen die Klassenjustiz. Mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht. Und dass sie noch so tut, als sei das Gerechtigkeit - das ist hart und bekämpfenswert." Kurt Tucholsky



EURE KRIEGS-PARTEI.

100 MILLIARDEN GRÜNDE GRÜN ZU WÄHLEN:

WAFFEN KRIEGE TOTE.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

PLEASE SHARE ON   

China / Uiguren

Dumm gelaufen

Die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, hat nach ihrer Rückkehr aus Sinkiang die Erwartungen der westlichen „Leitmedien“ schwer enttäuscht. Statt die erwartete „öffentlich deutliche Kritik an der Menschenrechtslage“ (FAZ) in der islamisch geprägten chinesischen Provinz zu üben, sei sie dem Narrativ der chinesischen Regierung aufgesessen. Bachelet hatte nach eigener Aussage „unüberwachte Gespräche“ mit Leuten von der Strasse geführt, wie es ihr die Pekinger Regierung zugesagt hatte. U. a. atte sie eins der vormaligen „Ausbildungszentren“ besucht. die hierzulande seit Jahren als KZ-ähnliche Einrichtungen dargestellt wurden. Die Regierung habe ihr versichert, dass alle Zentren geschlossen worden seien. Selbst die

FAZ bestätigt mehr oder weniger Berichte, nach denen die Leute verurteilt und in Gefängnisse überführt, in Arbeitsprogramme vermittelt oder unter Aufsicht nach Hause geschickt worden seien.

Der vermisste Propagandaschuss ging zuguterletzt noch nach hinten los, denn Bachelet äußerte sich ausführlich zur Menschenrechtslage in den Vereinigten Staaten.

Die FAZ: Sie reagierte damit auf eine Frage des chinesischen Staatsfernsehens über Polizeigewalt gegen Afroamerikaner und das Schulmassaker in Texas. „Wir müssen das stoppen. Es ist eine furchtbare Menschenrechtssituation“, sagte die Hohe Kommissarin. Ähnlich klare Worte fand sie zu China nicht. Sie gab – so die FAZ- „damit den chinesischen Staatsmedien die Möglichkeit, ihren Besuch zu Propagandazwecken zu instrumentalisieren, zumal sie lobende Worte für die „enormen Erfolge“ der chinesischen Armutsbekämpfung fand.“

Ex-US-Außenminister Kissinger:

Ukraine sollte verhandeln, bevor es zu spät ist

Die Chancen für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts schwinden Tag für Tag, warnte Henry Kissinger die westliche Elite in Davos.

Der Ex-US-Außenminister erinnerte daran, dass er beim Ausbruch der Ukraine-Krise durch einen bewaffneten Staatsstreich in Kiew vor acht Jahren dafür eingetreten sei, dass die Ukraine ein neutraler Staat und eine "Brücke zwischen Russland und Europa und nicht eine Frontlinie von Gruppierungen innerhalb Europas" werden sollte. Stattdessen habe Kiew die Mitgliedschaft in der NATO als strategisches Ziel verfolgt und damit den Weg für die aktuellen Feindseligkeiten geebnet.

Der erfahrene Politiker äußerte gegenüber der "Daily Mail" zudem seine Auffassung, dass der Westen nichts zu der Niederlage Russland beitragen solle. Er warnte vor weiteren Eingriffen des Westens in den Ukraine-Krieg. Kissinger riet der Ukraine, mit den Verhandlungen zu beginnen, bevor es "zu Aufruhr und Spannungen kommt, die nicht leicht zu überwinden sind."